

Antrag

Fraktion der FDP

Hannover, den 02.09.2015

Handeln statt Reden - 10-Punkte-Sofortprogramm für eine tragfähige Flüchtlings- und Einwanderungspolitik

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Der Landtag stellt fest:

Laut neuester Prognose der Bundesregierung wird die Zahl der Asylbewerber in Deutschland dieses Jahr auf 800 000 Menschen ansteigen. Dies bedeutet für Niedersachsen einen Zuwachs um ca. 80 000 Personen. Bereits jetzt ist die Situation für Flüchtlinge vielerorts nur durch das überwältigende ehrenamtliche Engagement der Menschen in diesem Land akzeptabel. Die Politik muss endlich über das Reden hinaus kommen und konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Flüchtlingen ergreifen. Schon vor Monaten wurde sie durch das zivilgesellschaftliche Engagement überholt und kommt diesem in keinsten Weise gleich. Gleichzeitig erleben wir in Teilen Deutschlands Gewaltexzesse und Hass gegenüber Menschen, die bei uns Zuflucht suchen. Auch dem darf die Politik nicht tatenlos gegenüber stehen, sondern muss in der Asyl- und Einwanderungspolitik progressiver und klar verständlich handeln, um die Basis für ein friedliches Miteinander zu sichern.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf, folgende Maßnahmen - gegebenenfalls mittels Bundesratsinitiativen - bis zum 22. September 2015 anzustoßen:

1. Bildungsmöglichkeiten für Flüchtlinge frühzeitig anbieten

Bildung, insbesondere der Erwerb unserer Sprache, bildet einen zentralen Aspekt zur Integration von Flüchtlingen. Dies ist nur durch einen deutlichen Ausbau von Sprachlernklassen und Sprachkursen zu gewährleisten.

2. Asylverfahren beschleunigen

Wer in Deutschland einen Antrag auf Asyl stellt, muss viel zu lange auf einen Bescheid warten. Eine Beschleunigung des Asylverfahrens ist daher zwingend notwendig - durch personelle Aufstockung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge und ggf. Bündelung freier personeller Ressourcen in den Behörden zur Unterstützung des BAMF.

3. Eingliederung in die Berufstätigkeit beschleunigen

Die Teilnahme am Erwerbsleben und die materielle Selbständigkeit sind fundamentale Bestandteile eines Lebens in Würde und dienen der Integration. Die Vorrangprüfung sowie Arbeitsverbote für Flüchtlinge sind grundsätzlich abzuschaffen sowie ein Abschiebeverbot für Flüchtlinge in Ausbildung und eine Aufenthaltsgenehmigung mindestens nach dem Motto „3 plus 2“ (Abschluss der Lehre innerhalb von drei Jahren plus zweijähriges Bleiberecht) einzuführen.

4. Gemeinsame Anstrengungen fördern und fordern

Den Kommunen muss erheblich mehr finanzielle Unterstützung bei der Aufnahme von Flüchtlingen zukommen. Die Kosten müssen komplett vom Land bzw. dem Bund getragen werden. Die fachliche Hilfe vor Ort und Angebote wie Sprachkurse sowie bürgerschaftliches Engage-

ment und andere Projekte können dadurch erst gewährleistet werden. Das Land kann sich bei fehlender Unterstützung durch den Bund nicht aus der Verantwortung stellen.

5. Einstufung weiterer sicherer Herkunftsstaaten und Visumpflicht

Die ungesteuerte Einwanderung vom Westbalkan muss gesteuert werden. Dazu müssen die Staaten des Balkans nicht nur als sichere Herkunftsländer eingestuft werden, sondern auch wieder visumpflichtig werden. Asylbewerber aus diesen Ländern sind zudem ausschließlich zentral unterzubringen, um eine Abschiebung zu erleichtern und die Kommunen zu entlasten.

6. Konsequente Rückführung

Bei einem zügigen und fairen Asylverfahren mit negativem Ausgang müssen klare Regeln gelten. Ausreisepflichtige Ausländer ohne gültigen Aufenthaltstitel müssen im Anschluss auch konsequent abgeschoben werden können, sofern sie das Bundesgebiet nicht freiwillig verlassen. Nur so können Personal und Mittel freigesetzt werden, um Hilfe und Unterstützung auf die anerkannt Hilfebedürftigen zu konzentrieren.

7. Unterkunft und Betreuung verbessern

Flüchtlinge werden oft über einen längeren Zeitraum in zentralen Aufnahmeeinrichtungen untergebracht. Teils dramatische Zustände in den überfüllten Einrichtungen führen zu sozialen und psychischen Extremsituationen. Durch eine kürzere Bearbeitungszeit muss daher die Dauer der zentralen Unterbringung verkürzt und durch die dezentrale ersetzt werden. Allein dies wird jedoch nicht ausreichen. Es bedarf eines weiteren Ausbaus an Erstaufnahmeeinrichtungen, um mehr Kapazitäten zu schaffen. Innerhalb von einem Jahr muss die Kapazität der Erstaufnahmeeinrichtungen verdoppelt werden, nötigenfalls auch durch Neubau auf der grünen Wiese. Es muss gewährleistet sein, dass alle Flüchtlinge noch vor Beginn der kalten Jahreszeit in beheizten Unterkünften leben können, die wenigstens den Grundbedürfnissen gerecht werden.

8. Ausbau des Einwanderungsrechts zu einem vollständigen Punktesystem

Mit dem Jobseeker-Visum wurde in der vergangenen Legislaturperiode des Deutschen Bundestages bereits der Einstieg in ein Punktesystem geschaffen. Das Visum soll zu einem vollständigen und klaren Punktesystem weiterentwickelt werden, welches Einwanderung nach klaren Kriterien wie Bildungsgrad, Alter und Fachkräftebedarf steuert.

9. Bürokratische Hürden abbauen

Im Zuge des zwingend notwendigen Ausbaus an Flüchtlingsunterkünften werden bürokratische Hürden in Deutschland besonders sichtbar. Sie betreffen jedoch nicht nur den Staat, sondern täglich auch Privatpersonen und mittelständische Unternehmen und treten in sämtlichen Gebieten des alltäglichen Lebens auf. Die im Zuge der Flüchtlingskrise angedachten Bürokratieminderungen sollen als Ansatz dienen, um grundsätzlich die in Deutschland gängigen bürokratischen Praktiken abzubauen. Beispielsweise beim Vergabegesetz und den Vorgaben zur energetischen Sanierung im Bestand ist ein Bürokratieabbau dringend erforderlich.

10. Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge verbessern und sicherstellen

Flüchtlinge - auch ohne definierten Aufenthaltsstatus - sind in die gesetzliche Krankenversicherung aufzunehmen, um eine medizinische und psychologische Betreuung sicherzustellen. Kommunen werden somit vor den entstehenden Kosten im Krankheitsfall geschützt und eine Zwei-Klassen-Gesellschaft wird verhindert.

Christian Grascha
Parlamentarischer Geschäftsführer